

SVP und SP finden einander nicht

Die SP und die SVP zeigen bei einer Umfrage unter den Kandidaten für den Grossen Rat am wenigsten Übereinstimmung. Das ergibt die Auswertung der Smartvote-Umfrage der Kandidaten. FDP und SVP haben in der Finanz-, Umwelt- und Sozialpolitik ähnliche Positionen.

MARTIN KNOEPFEL

FRAUENFELD. CVP-Finanzdirektor Bernhard Koch sollte sich einen Wechsel in die FDP überlegen, wenn er den Kantonshaushalt durch Sparen sanieren will. Das ergibt sich aus den Smartspider-Grafiken (siehe Kasten) der Kandidaten für den Grossen Rat. Eine restriktive Finanzpolitik ist bei der FDP mit 60 von 100 möglichen Punkten deutlich populärer als bei der CVP (50 Punkte). Das Minimum sind null Punkte.

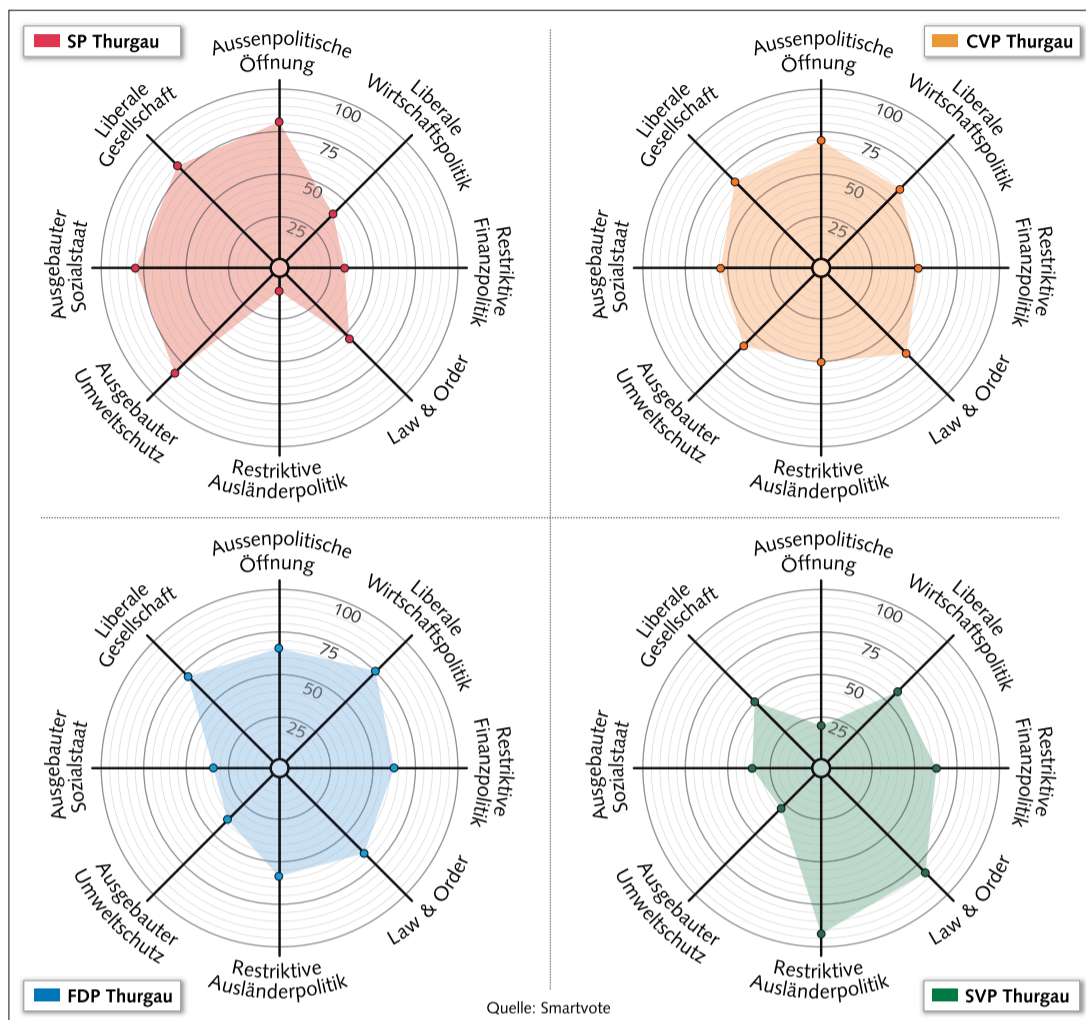
FDP gegen mehr Sozialstaat

Deutlich ist der Unterschied ebenfalls bei der Forderung nach einer liberalen Wirtschaftspolitik und nach einer restriktiven Migrationspolitik. Beides liegt der FDP stärker am Herzen als der CVP. Am grössten ist der Unterschied aber bei der Forderung nach mehr Sozialstaat und mehr Umweltschutz. Bei beiden Fragen gibt es von den CVP-Kandidaten rund 60 Punkte, während die Zustimmung der FDP-Bewerber im Bereich von 35 Punkten dümpelt.

In anderen Fragen sind sich die beiden Mitteparteien nah. Eine offene Aussenpolitik erhält bei beiden Parteien 70 bis 75 Punkte. Auch die Themen Recht und Ordnung und die Forderung nach einer liberalen Gesellschaft stossen bei CVP und FDP mit 65 bis 70 Punkten auf ähnlich viel Anklang.

SVP gegen offene Aussenpolitik

Gar nichts am Hut hat die SVP mit der offenen Aussenpolitik.



Nur 20 Punkte geben die Grossratskandidaten der grössten Thurgauer Partei dieser Forderung. Dafür ist die SVP (90 Punkte) bei der Migrationspolitik von allen

Regierungsparteien am restriktivsten. Bei den Themen Ausbau des Umweltschutzes und des Sozialstaats sowie bei den Forderungen nach Recht und Ordnung so-

wie nach einer restriktiven Finanzpolitik sind sich FDP und SVP nahe. Die Forderungen nach einer liberalen Wirtschaftspolitik und nach einer liberalen Gesell-

STICHWORT

Online-Wahlhilfe

Vor Wahlen schaltet Smartvote im Internet Fragebögen mit Fragen aus der nationalen und kantonalen Politik auf. Die Kandidaten füllen die Fragebögen, die die Basis der Datenbank bilden, aus. Die Positionen der Kandidaten wie der Parteien lassen sich mit Smartspider genannten Grafiken darstellen. Mit dem Link «Datenbank» auf der Homepage von Smartvote gelangt man zu den Grafiken.

Wer sich registriert, kann als Wähler ebenfalls einen Fragebogen ausfüllen. Den findet man unter «Wahlempfehlung». Zu jeder Frage gibt es fünf Antworten, von «Ja» über «Eher Ja» und «Eher Nein» bis «Nein» und «keine Antwort». Zudem kann man die Fragen in fünf Kategorien von «Wichtig» über «Eher Wichtig» und «Normal» bis «Eher Unwichtig» und «Unwichtig» einteilen. Die Gewichtung ist fakultativ. Der Computer rechnet anhand des ausgefüllten Fragebogens aus, welche Kandidaten einem politisch am nächsten stehen. (mkn)

strengeren Umweltschutz deutlich. Je rund 80 Punkte geben ihre Kandidaten diesen Forderungen. Eine offene Aussenpolitik und eine liberale Gesellschaft gefallen der SP ebenfalls.

SP gegen harte Migrationspolitik

Geradezu vernichtend ist das Urteil der SP-Kandidaten über die Idee einer restriktiven Migrationspolitik. Ganze 10 Punkte gibt es dafür von der linken Regierungspartei. Eine liberale Wirtschaftspolitik und eine restriktive Finanzpolitik stossen da schon auf ein vergleichsweise positives Echo von je rund 30 Punkten. Die Forderung nach Recht und Ordnung erntet bei den SP-Kandidaten sogar 50 Punkte.

Die Grafiken wurden auf Grund der Antworten der Grossratskandidaten errechnet. Bei CVP und FDP haben je rund drei Viertel der Kandidaten den Online-Fragebogen (siehe Kasten) ausgefüllt, bei der SP zwei Drittel und bei der SVP etwa vier Fünftel. Auswertungen sind erst möglich, wenn mindestens die Hälfte der Kandidaten antwortet. Die BDP ist mit gut einem Drittel antwortender Kandidaten die einzige Partei, die unter dieser Schwelle liegt.

In einem weiteren Artikel wird die TZ auf die Parteien eingehen, die nicht im Regierungsrat vertreten sind. Die Thurgauer Zeitung ist Medienpartner der Online-Wahlhilfe Smartvote.

www.thurgauerzeitung.ch/wahlen

Eberle und Thorner neu im Spital-Verwaltungsrat

Die Spital Thurgau AG hat vier neue Verwaltungsräte.

Philipp Stähelin und Ernst Kessler sind zurückgetreten.

FRAUENFELD. Auf Anfang April hat eine ausserordentliche Generalversammlung den Verwaltungsrat der Spital Thurgau AG ergänzt. Zwei Mitglieder des Gremiums treten zurück: der ehemalige Ständerat Philipp Stähelin und der Schaffhauser Ökonom Ernst Kessler. Die beiden Zurückgetretenen hätten dem Unternehmen während Jahren wertvoll gedient, vor allem in ökonomischen und gesundheitspolitischen Fragen, heisst es in einer Mitteilung. Seit 2009 vakant ist zudem der Sitz von Rita Ziegler, die Direktorin des Zürcher Universitätsspitals geworden war.

Die Generalversammlung hat vier neue Verwaltungsratsmitglie-

der gewählt. Dabei handelt es sich um SVP-Ständerat Roland Eberle, SP-Kantonsrätin Christa Thorner, Gesundheitsökonom Urs Brügger und Ökonomin Michèle Sutter-Rüdiger. Brügger leitet das Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie, Sutter-Rüdiger ist Assistenzprofessorin an der Universität St. Gallen.

Mit dem Einbezug von Eberle und Thorner kann die Spital Thurgau AG ihre politische Abstützung verbreitern. Eberle ist Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Zudem leitete er von 2000 bis 2006 das Departement für Finanzen und Soziales und kennt damit die Aufgaben der Spital Thurgau AG aus nächster Nähe. Die Frauenfelder Stadträtin Christa Thorner ist unter anderem seit 2009 Präsidentin des Gemeindeförderverbandes Gesundheitsförderung, Prävention und Beratung Thurgau. (red.)

Ausbilden und forschen

Die Pädagogische Hochschule Thurgau soll künftige Lehrer verschiedener Stufen praxisnah ausbilden.

MARTIN KNOEPFEL

FRAUENFELD. Der Regierungsrat hat die Eigentümerstrategie für die Pädagogische Hochschule Thurgau (PHTG) verabschiedet, die er zusammen mit dem Schulrat festgelegt hat. Aufgabe der PHTG ist die Ausbildung von Lehrern verschiedener Stufen. Die Ausbildung muss praxisnah und wissenschaftlich fundiert sein. Die PHTG soll Forschung betreiben, die sich an den Bedürfnissen der Schulen orientiert. Unter den

Zielen der PHTG nennt die Eigentümerstrategie explizit die Zusammenarbeit mit der Uni Konstanz. Die Kosten sollen im Mittel vergleichbarer Hochschulen liegen. Zur Umsetzung der Eigentümerstrategie dienen Leistungsaufträge mit drei Jahren Laufzeit.

Die Schulräte der PHTG müssen unter anderem unternehmerisch handeln. Zudem dürfen sie in ihrem Amt keine Interessenkonflikte haben. Der Grosse Rat muss die Strategie gutheissen.

Standesinitiative ist falscher Weg

Der Regierungsrat findet eine Standesinitiative gegen den Agrarfreihandel mit der EU unnötig. Der Bundesrat kenne die ablehnende Haltung der Regierung.

MARTIN KNOEPFEL

FRAUENFELD. Die SVP-Kantonsräte Urs Martin (Romanshorn) und Moritz Tanner (Winden) sowie 56 Mitunterzeichner fordern in einer Motion eine Standesinitiative für einen Stop bei den Verhandlungen über den Agrarfreihandel mit der EU. Sie argumentieren, der Agrarfreihandel hätte negative Folgen für die Bauern. Zudem reduziere die Schweiz mit der Agrarpolitik 2014 bis 2017 die Unterstützung für die Landwirtschaft.

Nun liegt die Antwort des Regierungsrats vor. Er will die Mo-

tion nicht für erheblich erklären lassen. Zum einen sei sie das falsche Mittel, weil es um die Verhandlungsführung gehe. Diese liege in der Kompetenz des Bundesrats. Eine Standesinitiative solle Erlasse oder Gesetze anregen.

Zudem findet der Regierungsrat die Motion überflüssig. Er schreibt, dass die Kantonsregierungen den Agrarfreihandel mit der EU ablehnen und das dem Bundesrat mitgeteilt haben. Der Bundesrat kenne deshalb die Haltung des Thurgauer Regierungsrats. Schliesslich hätten National- und Ständerat mehrere Vorstösse,

die in die gleiche Richtung gehen, überwiesen.

Gegenüber der TZ legte sich Tanner gestern noch nicht fest, ob er die Motion zurückzieht, da er noch nicht mit Martin gesprochen hat. Er nannte aber einen Rückzug möglich, da sich die Lage änderte, als die eidgenössischen Räte ähnliche Vorstösse überwiesen.

Tanner freut sich, dass auch das Bundesparlament Bedenken gegenüber dem Agrarfreihandel hegt. Wenn man den Markt öffne, brauche es einen gewissen Schutz, nicht nur in der Landwirtschaft, sagt er. (mkn)



Bild: pd

Kinder pflanzen Hochstammbäume

Schülerinnen und Schüler der vierten Klasse aus Amriswil pflanzten am Donnerstag ökologisch wertvolle Hochstammbäume auf dem Hof der Familie Ottiger in Riedt bei Erlen. Die Aktion organisierte der Landwirtschaftliche Informationsdienst zum 75-Jahr-Jubiläum. (red.)

Kanton regelt Aktenübergabe

FRAUENFELD. Mit einer Übergangsverordnung will der Regierungsrat die Übertragung der Aufgaben und Dossiers im Bereich des Vormundschafts- sowie des Pflegekinderwesens von den bisherigen Behörden auf die neu zuständigen Behörden sicherstellen. Die bestehenden Vormundschaftsbehörden sind verpflichtet, der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) alle Akten und Belege zu übergeben, damit sie ab 1. Januar 2013 arbeiten kann. Die Übergangsmodalitäten und die Frage der Fallbearbeitung im Verlaufe des Jahres 2012 werden durch eine Verordnung des Regierungsrates geregelt. Ein Entwurf ist bis 15. Mai in Vernehmlassung.

Die Verordnung lehnt sich an die von der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz herausgegebenen Empfehlungen an. Auch im Bereich des Pflegekinderwesens hat eine Dossierübergabe zu erfolgen, in diesem Fall von den Vormundschaftsbehörden an das Departement für Justiz und Sicherheit. Eine Regelung ist auch hinsichtlich archivierter und abgeschlossener Dossiers sowie weiterer Akten erforderlich. (id/red.)

Lernen, mit Weiden zu bauen

LENGWIL. Am Samstag, 31. März, von 9 bis 17.30 Uhr lädt der WWF Bodensee/Thurgau zum Kurs «Wunderbares aus Weiden» in Lengwil ein. Ein Weidenexperte zeigt, wie sich zum Beispiel Pavillons oder Rosenbögen aus Weiden herstellen lassen. Auskunft und Anmeldung bis Donnerstag, 29. März; 071 223 2930. (red.)